

6 Fragestunde

Bgm. **Nagl**:

Meine geschätzten Damen und Herren. Auf unserer Saaluhr ist jetzt 12.34 Uhr, beginne mit der Fragestunde, darf den Vorsitz übergeben an den Herrn Stadtrat Riegler. Die Frage wird nämlich mir gestellt, Herr Mag. Ewald Muhr darf bitte zum Rednerpult.

Vorsitzwechsel – StR Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (12.34 Uhr).

6.1 Frage 1: Umgestaltung Augartenpark (GR Mag. Muhr, SPÖ an Bürgermeister Mag. Nagl, ÖVP)

GR Mag. (FH) **Muhr**:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Besuchergalerie. Es geht auch in meiner heutigen Frage um Bürgerbeteiligung, wie schon eingangs erwähnt wurde vom Herrn Bürgermeister. Und zwar Herr Bürgermeister, durch die Bauarbeiten am Murkraftwerk und auch an dem Speicherkanal brachten uns nicht nur Protestaktionen, sondern sie bieten uns auch eine einmalige Chance, den Lebensraum Mur neu zu gestalten und auch für die Öffentlichkeit viel mehr zugänglich zu machen. Jetzt ist natürlich auch der Augartenpark selbstverständlich davon betroffen und da muss man jetzt auch festhalten, dass der Augartenpark eine intensiv genutzte öffentliche Erholungsfläche ist und von dieser haben wir in Jakomini ja relativ wenig. Da haben ja Sie schon vor, ich glaube, vor zwei Jahren war das, eine Grünraumoffensive ausgerufen, um mehr Grünraum öffentlich für Jakomini zu lukrieren. Nun seit der vorletzten Bezirksratssitzung ist ein bisschen eine Unruhe hineingekommen in die ganze Geschichte. Weil dort ist ja, bevor der Gemeinderat oder bzw. der Ausschuss

informiert wurde, ein Projekt schon vorgestellt worden und das hat ein bisschen für Unruhe in der Bevölkerung gesorgt, was da jetzt kommen sollte. Und dieses Projekt Lebensraum Mur bietet ja nicht nur die einmalige Chance auf Erholungsraum, sondern sie bietet ja auch die einmalige Chance, aktiv gelebte Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung zu betreiben und da zielt ja auch meine Frage jetzt darauf ab, wobei man ja schon anmerken muss, weil ich ahne ja schon die Antwort, und da möchte ich auch eines vorwegschicken, das habe ich im Ausschuss gestern auch gesagt, dass man einen Zeitfaktor hernimmt und sagt, ja die Zeit ist zu kurz, wir können keine Bürgerbeteiligung machen, das kann ich so nicht im Raum stehen lassen, weil das Projekt, es ist ja bekannt, dass das Projekt schon seit Jahren in Angriff genommen wird und nicht erst seit 14 Tagen. Also dieses Argument möchte ich gleich vorab da in Frage stellen. Aber jetzt komme ich gleich zu meiner Frage und zwar die lautet: Diversen Medienberichten zur Folge wird der Lebensraum Mur eine massive Veränderung erfahren. Ebenso ist der Augartenpark von diesen Veränderungen betroffen, wobei die öffentlichen Meinungen diesbezüglich auseinander gehen. Daher frage ich Sie, sind Sie bereit, die Bevölkerung nach erfolgter Präsentation bei der Auswahl der Maßnahmen für den neuen Lebensraum Mur und insbesondere für den Augartenpark im Rahmen einer aktiven Bürgerbeteiligung, z. Bsp. eines Ideenwettbewerbs oder dergleichen, einzubinden? Dankeschön.

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Durch die Bauarbeiten am Murkraftwerk und am Speicherkanal wird sich das Uferbild der Mur in den Bauabschnitten und auch darüber hinaus weitgehend verändern. Trotz vieler Protestaktionen gegen diese Bauprojekte bieten sie aber auch eine Chance, das Murufer in der Innenstadt neu zu gestalten und die betroffenen Flächen als Erholungsgebiet für die Bevölkerung noch besser zu erschließen.

Auch der Augartenpark liegt in diesen Bauabschnitten und ist von einer Neugestaltung betroffen. Nun gibt es aber seit der letzten Bezirksratssitzung einige Unklarheiten, wie sich der Augartenpark zukünftig präsentieren wird. Einerseits gibt es da große Bedenken gegen eine angeblich geplante Bucht, andererseits geistert auch die Idee einer „Betonplattform“ am Murufer durch die Köpfe vieler Grazerinnen und Grazer. Fakt ist jedoch, dass der Augartenpark eine stark genutzte Erholungsfläche in Jakomini ist, die von vielen Menschen genutzt wird und somit ist auch das Interesse hinsichtlich der zukünftigen Gestaltung des Parks entsprechend groß.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Frage:

Diversen Medienberichten zufolge wird der Lebensraum Mur eine massive Veränderung erfahren. Ebenso ist der Augartenpark von diesen Veränderungen betroffen, wobei die öffentlichen Meinungen diesbezüglich auseinander gehen. Daher frage ich Sie, sind Sie bereit, die Bevölkerung nach erfolgter Präsentation bei der Auswahl der Maßnahmen für den neuen Lebensraum Mur und insbesondere für den Augartenpark im Rahmen einer aktiven Bürgerbeteiligung, z.B. eines Ideenwettbewerbes, einzubinden?

Bgm. Nagl:

Jetzt muss ich wieder gleich zu Beginn sagen, wenn man eine Frage stellt und schon weiß oder glaubt zu wissen (*lacht*), was dann für eine Antwort kommt, werde ich vielleicht doch ein bisschen überraschen. Ein Großteil der jüngst veröffentlichten Ideen zum Lebensraum Mur basiert auf Überlegungen des sogenannten Mur-Masterplans Graz-Mitte, der im Zuge der Kraftwerksplanung zum Murkraftwerk seitens der Baudirektion und der Abteilung Grünraum und Gewässer entwickelt und letztendlich vom Gemeinderat auch beschlossen wurde. Ich sage gleich dazu, es war ein

Mehrheitsbeschluss, nämlich durch die ÖVP, durch die FPÖ und durch die Sozialdemokratie. Vieles ist somit, politisch gesprochen, schon einmal Beschlusslage. Neben diesem bereits beschlossenen Mur-Masterplan kann man aber auch, und da haben wir die Menschen eingeladen, wenn ich so sagen darf, Bürgerbeteiligung, auch in dieser Frage sind wir an die Bevölkerung und Institutionen herangetreten, auch öffentlich herangetreten und haben gebeten, dass wir auch von Seiten der Bevölkerung Vorschläge und Ideen bekommen, die dann gesammelt wurden und die nunmehr auch weiter entwickelt konkretisiert und auf die Erfordernisse des bereits sehr weit fortgeschritten Kraftwerkbaues und des ZSK abgestimmt wurden. Bei den von Ihnen angesprochenen Veränderungen handelt es sich also um ein Projekt zur gesamthaften Attraktivierung des Murraumes mit folgenden Zielen: eine verbesserte Naherholung, die Erweiterung des Gewässers und Naturerlebnisses, die Verbesserung der Sportnutzung, insbesondere von Wassersportmöglichkeiten, ein verbessertes gastronomisches Angebot und, jetzt auch als Neuüberlegung wieder hinzugekommen, die Murschiffahrt. Wobei man über Murschiffahrt sprechen muss. Es gibt also viele Sportarten, wo man am Wasser mit Schiffen unterwegs sein werden auch mit Ruderbooten oder auch mit anderen Sportgeräten. Zu einem überwiegenden Teil können die dazu erforderlichen baulichen Maßnahmen nur in einem extrem kurzen Zeitfenster im Zuge des Kraftwerkes und der ZSK-Baustelle umgesetzt werden. Das ist klar, das geht auch nicht anders, also jetzt haben wir im Vorfeld einmal informiert, dass wir da heranwollen, wir haben die Ideen gesammelt. Wir haben jetzt abgestimmt, sie liegen jetzt auch vor und jetzt ist natürlich Eile geboten, weil es soll, soweit ich informiert bin, ja im Mai nächsten Jahres das Kraftwerk schon geflutet werden und deswegen sage ich, sind alle notwendigen Bauten, die man entlang des Flusses macht, auf Grund des neuen Pegels jetzt durchzuführen. In Bezug auf die Augartenabsenkung und die Errichtung einer Naturarena mit Gewässerbucht zeigt sich dies sehr anschaulich. Diese große Chance kann nur dann sinnvoll genutzt werden, wenn alle beteiligten Projektpartner und Fachämter bis September dieses Jahres mit der Umsetzung des hoffentlich bis dahin bewilligten Projektes beginnen können. Da die Projektumsetzung in Phase 1 unmittelbar mit der errichteten Baustraße in der Mur

zusammenhängt, müssen diese Maßnahmen auch bis Ende März weitgehend abgeschlossen werden. Daher ist in der nächsten Phase jetzt, wenn ich so sagen darf, auch keine Bürgerbeteiligung mehr eingeplant. Wohl aber, und das ist auch wichtig, wird in der heute zur Beschlussfassung vorgelegten Projektgenehmigung der Augartenabsenkung eine weitere Phase in Aussicht gestellt, in der dann sehr wohl die Bürgerbeteiligung angedacht ist und BürgerInnen und Bürger ihre Wünsche und Ideen zur Ausgestaltung der neuen Stände der neuen Natur- und Erlebnisarena einbringen können und selbstverständlich auch klären, wenn wir bis dorthin dann auch klären, wie denn das Thema „Spielplatz“ neu situiert wird, wobei man dazu sagen muss, das wird einer der schönsten Spielplätze der Stadt Graz direkt auch am Wasser für Kinder werden, auch mit der Flachwasserzone und der Insel, so wie es jetzt wahrscheinlich im Ausschuss auch von Herrn DI Wiener schon berichtet worden sein wird (*Allgem. Appl.*).

STR. Riegler:

Herr Gemeinderat, eine Zusatzfrage?

Muhr:

Ja, danke für die Antwort. So abwegig war meine Ahnung ja eh nicht. Sie haben das Zeitthema ja trotzdem gebracht, dass keine Zeit ist für Bürgerbeteiligung (*lacht*). Ja, wie gesagt, es wäre genug Zeit gewesen, das wirklich auf die Beine zu stellen. Also wir haben mehrere Jahre Zeit gehabt, das möchte ich nur sagen. Und die Grazer Bürgerinnen und Bürger hätten sich das sicherlich verdient, dort mitzureden aktiv und das auch mitgestalten zu können. Aber jetzt kommen wir zu meiner Zusatzfrage. Die Besitzverhältnisse vom Augarten sind ja auch so geregelt, dass der Augartenpark selbst ja nicht im Besitz der Stadt Graz ist, sondern der Steiermärkischen Sparkasse gehört, soweit ich informiert bin oder laut Grundbuch. Jetzt wäre meine Frage, wie sieht die Einigung mit der Steiermärkischen jetzt diesbezüglich aus? Die verlieren am Grunde etwas an Grund und es kommt Wasser hinein. Müssen wir da

Kompensationszahlungen machen? Was wird das die Stadt kosten, dass man den Eigentümer dafür entschädigt? (*Appl.*)

Bgm. Nagl:

Ich glaube, es ist wichtig festzustellen, dass wir zwei Bürgerbeteiligungsprozesse damit angestrebt haben. Der erste ist einmal, dass wir breit eingeladen haben. Es war sogar eine groß angelegte Geschichte mit der „Woche Graz“, die das getragen hat und die uns auch viele Ideen, wenn ich so sagen darf, in unseren Ideenpool gespült hat. Die zweite Phase kommt auch dann noch einmal. Da geht es um die genaueren Ausgestaltungen für die Dinge, die die Menschen wirklich interessieren und dass unser Amt gute Arbeit geleistet hat und jetzt auch zeitgerecht ein Stück einbringt mit dem Zeitdruck, der jetzt da ist, ist so, den kann ich nicht ändern und das spreche ich da auch deutlich aus. Ich gehe nicht davon aus, dass der Grundeigentümer, die Steiermärkischen Sparkasse, uns dafür ein eigenes Entgelt abringen möchte, kann es aber nicht jetzt genau sagen, weil ich bei diesen Gesprächen nicht dabei war. Werde das aber gerne berichten. Bitte, Herr Dipl.-Ing. Wiener kann das gleich sagen, dann darf ich bitten, weil er kann schon aufklären.

DI Wiener:

Entschuldigung, ich habe das Sakko ausgezogen. Bin jetzt nicht ganz vom Dresscode her. Natürlich ist es uns bekannt, dass der Augarten nicht im städtischen Besitz ist, sondern der Steiermärkischen gehört. Wir haben selbstverständlich Vorgespräche geführt, wir haben die Immobilienabteilung dazu einbezogen und wir haben jetzt schon die Aussage bekommen im Vorfeld, dass das aus der Sicht der Steiermärkischen in Ordnung gehen wird. Es wird natürlich auch ein Vertragswerk dazu geben. Es ist nur deshalb jetzt noch nicht zustande gekommen, weil man natürlich auch die zwischenzeitlichen Lagerflächen und Inanspruchnahme für die Bauphase in dieses Vertragswerk mithineinnehmen möchte. Das wird also fristgerecht und zeitgerecht

noch passieren, insbesondere auch deshalb, weil ja dazu noch entsprechende Verfahren bis zum September, wie Herr Bürgermeister erwähnt hat, abzuschließen sind. Und spätestens in diesem Verfahren sind natürlich auch die Einverständniserklärungen nicht nur von den Grundstückseigentümern, sondern letztendlich auch von all denjenigen, die dort Rechte sozusagen am Grundstück besitzen, Energie Steiermark, ZSK, Holding, fristgerecht der Behörde vorzulegen. Also da sehe ich keine großen Probleme.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (12.45 Uhr).

6.2 Frage 2: Sichtbarkeit der Verkehrssicherheit-Warnschilder in den Bezirken (GR. Swatek, Neos an Stadträtin Kahr, KPÖ)

GR Swatek:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher auf der Tribüne, sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr. In unserer Stadt gibt es ja viele unterschiedliche Verkehrsschilder und neben denen gibt es auch noch Hinweistafeln, die zusätzlich zur Erhöhung der Verkehrssicherheit beitragen sollen. Die sind meist von den Bezirksräten initiiert und weisen meistens auf spielende Kinder hin oder einfach nur auf das Einhalten von Tempolimits. In meiner Nachbarschaft bin ich durch die Gegend spaziert und habe da auch ein Schild gefunden, das man eigentlich noch kaum gesehen hat, weil da genau zwei Bäume davor hineingewachsen sind. Und so habe ich die letzten Monate, kann man schon fast sagen, damit verbracht zu schauen, wo es noch solche Bezirksschilder gibt und wie der Zustand von denen ist und bin drauf gekommen, dass sehr viele von denen nicht sichtbar sind, meistens weil wirklich einfach Bäume davor wachsen und andere Schilder auch nicht sichtbar sind, weil sie halt schon, ehrlicherweise gesagt, in die Jahre

gekommen sind und daher auch an Strahlkraft verloren haben, sag ich einmal. Aber diese Schilder, diese Hinweistafeln haben natürlich irgendeinen Sinn, sonst hätten wir sie ja nicht hingestellt, sollen ja die Verkehrssicherheit erhöhen und haben natürlich auch den Steuerzahlern etwas gekostet und ich würde es jetzt sehr schade finden, wenn man die halt praktisch gar nicht pflegt, so wie es derzeit für mich wirkt. Und daher meine Frage an Sie, Frau Stadträtin Kahr, sind Ihrerseits Schritte geplant, diese Warnschilder in den Bezirken wieder für Verkehrsteilnehmer sichtbarer zu machen, damit diese wieder einen Beitrag zur Verkehrssicherheit leisten können?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr, neben den vielen Verkehrsschildern in unserer Stadt findet man auch Hinweistafeln, die zur Erhöhung der Verkehrssicherheit beitragen sollen. Diese meist von den Bezirksräten initiierten Warnschilder weisen dabei zum Beispiel auf spielende Kinder oder das Einhalten des Tempolimits von 30 km/h hin. Einige dieser Schilder haben bereits einige Jahre lang ihren Dienst erwiesen und leiden aufgrund von Umwelteinflüssen bereits an Auffälligkeit. Andere Schilder werden in Graz von wachsenden Pflanzen in den Hintergrund gedrängt und sind somit für Verkehrsteilnehmer kaum noch sichtbar. Allesamt wurden sie an den jeweiligen Orten mit einem Hintergedanken und unter Verwendung von Steuergeld aufgestellt. Viele dieser betroffenen Warnschilder könnten mit ein wenig Pflege wieder ihren Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit beitragen.

*Sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr,
sind Ihrerseits Schritte geplant, diese Warnschilder in den Bezirken wieder für Verkehrsteilnehmer sichtbarer zu machen, damit diese wieder einen Beitrag zur Verkehrssicherheit beitragen können?*

StRⁱⁿ Kahr:

Sehr geehrter Herr GR Swatek. Sie haben völlig richtig angeführt, dass diese Hinweiszeichen oder auch Warntafeln von den Bezirksvorstehungen in der überwiegenden Mehrheit initiiert worden sind. Wichtig ist aber hier in diesem Hause auch die Information, dass diese aus dem Budget der Bezirke beglichen wurden und das Straßenamt diesbezüglich in der Vergangenheit und auch jetzt eine koordinierende Rolle zwischen den Bezirksvorstehungen und dem Straßenerhalter übernommen und wahrgenommen hat. Und das gilt auch heute noch so. Das Straßenamt kann und wird, und das macht es auch gerne, immer zwischen den Bezirksvorstehungen und dem Straßenerhalter hinsichtlich Aufstellung neuer Hinweiszeichen oder auch eben der Ertüchtigung tätig werden und das machen sie auch. Es ist aber nicht immer sozusagen, was die budgetäre Situation betrifft, dann sozusagen das Straßenamt und der Straßenerhalter zuständig, also alles, was StVO-Sachen sind, z. Bsp. das Bild, was sie hier angefügt haben, sind ja zwei Schilder. Das eine ist vom Bezirk Liebenau, das andere ist eines von uns, dem Straßenamt. In beiden Fällen kann man sich selbstverständlich an uns wenden und werden wir auch tätig. Beim einen sowieso, weil beim Privateigentümer, wie man sieht, der Grünschnitt weit hineinragt und das Schild nicht mehr lesbar ist und das gehört auch geändert sofort und dem folgt auch das Straßenamt bei jedem Hinweis. Im anderen Bereich treten wir dann sozusagen an die Bezirksvorstehung heran. Ich möchte aber wirklich sagen, dass das sehr gut funktioniert und jedem Hinweis, ob das jetzt von Bürgern, Bürgerinnen oder auch von wem auch immer an den Straßenerhalter herangetragen wird, auch immer sofort nachgekommen wird. Ist ja auch klar, weil es um die Verkehrssicherheit geht.

Bgm. Nagl:

Gibt es eine Zusatzfrage?

Swatek:

Ja. Wissen Sie zufälligerweise oder haben Sie das auf Ihrem Zettel stehen, wie viele dieser Warntafeln derzeit in den Bezirken platziert sind? Sie können die Frage auch gerne nachreichen.

StRⁱⁿ Kahr:

Bringe ich Ihnen gerne nach, weiß ich natürlich nicht auswendig. Das werden aber nicht einmal, denke ich, die Kolleginnen und Kollegen auch vom Straßenamt wissen, weil über die Jahrzehnte hindurch viele auch Private Schilder angebracht haben. Alleine jetzt z. Bsp. in Privatstraßen und da haben wir ja nicht wenige in Graz. Haben ja die Eigentümer das Recht sozusagen, aus ihrer Sicht, was zur Verkehrssicherheit oder an Warntafeln oder selbst Tafeln aufzustellen. Aber ich gebe Ihnen die Ziffer auf jeden Fall gerne bekannt, die uns bekannt ist. Und noch einmal, es ist ja einiges gemacht worden. Also allein bis auf das „schau auf Graz“ durch das Handy-App, das funktioniert übrigens sehr sehr gut. Es gehört eigentlich nur immer wieder noch einmal gesagt, dass die Leute, wenn sie gleich etwas sehen, gleich reagieren und da wird auch immer gleich dann geschaut, dass sozusagen die Sicherheit wieder hergestellt wird, aber auch was Neues, das möchte ich vielleicht hier noch anmerken, ist, dass wir jetzt vor allem, wenn es um den Bereich Grünschnitt geht, also von Bäumen und Ästen, die hier hineinragen in den Verkehrsraum oder Schilder verdecken, wird jetzt von uns, von der Straßenmeisterei und vom Straßenamt direkt ein Formular an den Eigentümer, das er gegenzeichnet und somit sozusagen für sich eine ganz andere Verpflichtung hat und das haben wir in den letzten Monaten gemerkt, weil das war immer ein Problem. Früher hat man oft angerufen oder hingewiesen und das hat oft lange gedauert oder nicht gefruchtet, aber das mit diesem Formular und dieser Gegenzeichnung das funktioniert sehr gut und wird auch sehr gut wahrgenommen und reagiert (*Appl.*).

**6.3 Frage 3: Radfahrer in der Schmiedgasse und Stubenberggasse
(GR. Pogner, ÖVP an Stadträtin Kahr, KPÖ)**

GR Pogner:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörer. Ja, die Stubenberggasse und die Schmiedgasse, die waren schon ein Thema von mir in einem Antrag, den ich im November eingereicht habe, wo ich darum gebeten habe bzw. beantragt habe, dass dieser Verkehrsteil der Fußgängerzone auch wirklich Fußgängerzone bleiben soll und nicht als Radstrecke mehr oder weniger genutzt wird. Wie gesagt, das war der Antrag im November und in der Beantwortung habe ich vom Fachamt ua. dann ist da drinnen gestanden, dass Maßnahmen nur gesetzt werden zur Bewusstseinsbildung und dass diese Fußgängerzonenregelung, wie wir sie auch in der Herrengasse haben, dort nicht weiterverfolgt wird. Daher stelle ich an dich, liebe Frau Stadträtin, die Frage, welche Maßnahmen der Bewusstseinsbildung wurden im letzten halben Jahr ergriffen? Wie haben sich diese ausgewirkt und mit welchen weiteren Maßnahmen, vor allem in der nächsten Zeit, ist zu rechnen, um die gefährliche Situation, die gefährlichen Situationen, die es in der Schmiedgasse und auch in der Stubenberggasse gibt, damit man die vermeiden kann?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Die prekäre Situation des Radfahrverkehrs in der Schmiedgasse und Stubenberggasse nimmt vor allem jetzt, in den Sommermonaten, deutlich zu.

Im November 2017 habe ich den Antrag gestellt, dass die Fußgängerzone in der Schmiedgasse und analog dazu auch die Stubenberggasse radfahrerfrei sein solle. In der Beantwortung meines Antrages wurde vom Fachamt ausgeführt, dass die Verlegung des Radfahrverkehrs von der Schmiedgasse in die Raubergasse von Seiten

der Abteilung nicht weiterverfolgt wird, sondern nur Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung gefördert werden.

Daher stelle ich an dich, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, folgende

Frage:

Welche Maßnahmen der Bewusstseinsbildung wurden im letzten halben Jahr ergriffen, wie haben sich diese ausgewirkt und mit welchen weiteren Maßnahmen, vor allem in der nächsten Zeit, ist zu rechnen, um gefährliche Situationen in der Schmiedgasse und auch analog dazu in der Stubenberggasse zu vermeiden?

StRⁱⁿ Kahr:

Sehr geehrter Herr GR Pogner. Danke für die nochmalige Frage an mich im Zusammenhang mit Geschwindigkeit von Radfahrerinnen und Radfahrern in Fußgängerzonen. Das Problem teile ich, das Anliegen, dass es RadfahrerInnen gibt, die zu schnell fahren und hier sind auch Maßnahmen notwendig. Sie sind aus meiner Sicht nicht in der Form notwendig, dass man es verbietet, sondern, sowie letztes Mal schon gesagt und die KollegInnen von der Behörde gesagt haben, mit Bewusstseinsarbeit dem entgegenzuwirken und das haben wir zusammen mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit von Anfang Juni bis Ende August in der Schmiedgasse auch regelmäßig schon gemacht und wird auch weitergehen. Zusätzlich, und es ist mir wichtig, das wirst du vielleicht eher in den Pressemeldungen gelesen haben, haben wir selber vor, mit einem eigenen Informationsmaterial noch zusätzlich in den ganzen Sommermonaten bis zum 22. September bei allen Fußgängerzonen, wo RadfahrerInnen sind, mit eigenen Flyern persönlich an die RadfahrerInnen heranzutreten, um mehr Sensibilität einzufordern und sie aufmerksam zu machen, dass sie eben in der Fußgängerzone mit Schrittgeschwindigkeit fahren müssen. Dazu

hinaus ist auch eine weitere, das hat jetzt nicht unmittelbar mit den Fußgängerzonen zu tun, sondern war eine Sicherheitsaktion, die wir auch gemeinsam mit dem Kuratorium gemacht haben und an unterschiedliche Adressaten gewendet war, umgesetzt, eine davon war die Aktion zulässige Geschwindigkeit der RadfahrerInnen in Annäherung in unregelmäßigen Radfahrüberfahrten, die im Übrigen sehr, sehr gut angenommen wurde und auch positive Rückmeldungen viele gekommen sind.

Bgm. Nagl:

Zusatzfrage?

Pogner:

Ja, die muss ganz einfach sein, weil ich glaube, dass mit Bewusstseinsbildung nur begrenzt Maßnahmen gesetzt werden können, die zur Sicherheit innerhalb dieser Fußgängerzone dienen. Meiner Meinung nach muss man da, so wie in der Herrengasse, noch einmal versuchen vorzugehen, um eine gewisse Sicherheit für die Fußgänger einerseits und auch für die Radfahrer andererseits zu schaffen. Ich habe leider den Eindruck, jetzt sind die Wahlen 1 ½ Jahre vorbei, du hast ein neues Ressort erhalten, du bist noch nicht ganz in diesem Ressort angekommen. Die Bevölkerung erwartet sich da mehr Verantwortungsbewusstsein von einer Verkehrsstadträtin, Maßnahmen zu setzen, damit die Sicherheit gegeben ist und meine Zusatzfrage ist, was muss eigentlich passieren, damit du endlich solche Maßnahmen setzt, dass in diesen Bereichen der Fußgängerzone es zu keinen Unfällen zwischen Radfahrern und Fußgängern kommen kann?

StRⁱⁿ Kahr:

Ich bin da schon 25 Jahre im Gemeinderat angekommen und habe immer sehr verantwortungsvoll meine Ressorts geführt, und im Verkehrsressort bin ich schon lange nicht nur angekommen, sondern kenne auch diese Debatten hier im Hause schon seit 25 Jahren, und dieses Thema Fußgängerzone und Fußgänger versus Radfahrer in der Schmiedgasse ist ja kein neues Thema, sondern das ist ja schon, ich kann dir etliche Anträge, Initiativen und Fragen von anderen KollegInnen in den letzten Perioden auch geben, die in der ganz gleichen Weise von verschiedensten Stadträten und Stadträtinnen genau in der gleichen Weise beantwortet wurden und ja, die Zeit schreitet immer voran, lieber Herr Gemeinderat, und zwar das heißt aber nicht, dass die Tatsachen deshalb geändert sind. Mir ist das wichtig, dass die FußgängerInnen geschützt werden. Es ist ja eine Fußgängerzone, das hat auch Priorität und da hat der Radfahrer auf die Fußgänger Rücksicht zu nehmen. Genau das sage ich auch immer wieder und deshalb setzen wir genau diese Maßnahmen, die wir jetzt in den letzten Monaten und auch künftighin setzen werden (*Appl.*).

Bgm. Nagl:

Vielleicht nur eine kurze Anmerkung von mir. Das Thema Fußgängerzone sollte man generell alle miteinander neu betrachten. Wenn ich mir anschau, mit wie vielen Ausnahmegenehmigungen jetzt auch den ganzen Nachmittag schon die Lieferfahrzeuge drinnen stehen, plus das Thema Radfahrer und Fußgänger und die Straßenbahnen. Also es ist eigentlich keine Fußgängerzone mehr in Graz für die Menschen spür- und erlebbar und da sollten wir uns gemeinsam Gedanken machen, wie wir die Situation wieder verbessern können. Tolles Beispiel ist Ljubljana, Laibach, unsere Schwesternstadt, die zeigt auch, wie Fußgängerzone auch funktionieren kann. Sollte man gemeinsam vielleicht im Herbst wieder eine Initiative starten (*Appl.*).

**6.4 Frage 4: Sperren des Hallenbades in der Auster
(GR Sikora, KPÖ an Herrn Stadtrat Dr. Riegler, ÖVP)**

GR Sikora:

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat. Es geht um die Sperre des Hallenbades in der Auster. Und zwar die Auster in Eggenberg ist eine sehr beliebte Badedestination für Wasserratten. Im Internet wird die Auster mit seinem 50-m-Becken und dem 5-m-Sprungbecken recht schmackhaft beworben und auch heute sehen wir das in „Graz ist Baukultur“, sehen auch einen mehrseitigen Bericht, was das eigentlich für ein Baujuwel ist die Auster und auch sehr gern von den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt auch beansprucht wird. Wer besonders gerne schwimmt, was auch, besorgt sich daher eine Saisonkarte. Diese kostet für Badegäste der Auster vom 1.5. bis inklusive 9.9. € 177,10. Argumentiert wird der im Vergleich zu den Grazer Freibädern höhere Preis damit, dass in der Auster eben das Hallenbad zur Verfügung stehe, da ja dieses auch wetterunabhängig genutzt werden kann. Bei näherer Betrachtung erweist sich dieser verheißungsvolle Spruch und dieses Angebot allerdings als recht mangelhaft. Werden doch die Bahnen im Sportbad regelmäßig, manchmal bis zu mehreren Tagen lang, an diverse Vereine vermietet, was ja andererseits nicht schlecht ist, weil da auch Einnahmen lukriert werden. Andererseits für die Badegäste, die eine Saisonkarte haben und diese beanspruchen wollen, logischerweise negativ. So waren beispielsweise in der vergangenen Woche das Sportbad und das Lehrschwimmbecken vom Freitag, dem 29.6. 12.00 Uhr bis Sonntag, dem 1.7., Badeschluss, auf Grund der steirischen Schwimmmeisterschaften komplett gesperrt. Auch an den anderen Tagen waren stundenweise alle Bahnen reserviert, ua. jeden Nachmittag zwischen 16.00 und 18.00 Uhr. Alle Bahnen waren im Verlauf der gesamten Woche überhaupt nur sieben Stunden lang für die Allgemeinheit freigegeben. Da die bewegliche Startbrücke schon seit Monaten auch kaputt ist und erst im August im Zuge einer Generalsanierung höchstwahrscheinlich, und das ist auch noch nicht sicher, repariert werden kann, ist auch eine teilweise Nutzung der Bahnen ausgeschlossen. Das ist für treue Badegäste

sehr ärgerlich, logischerweise, weil sie sich nach Rücksprache mit unserem Klub und mir auch geneppt und verärgert fühlen. Und logischerweise als Bürger zweiter Klasse, weil die ja den vollen Preis der Saisonkarte schließlich zahlen gegenüber von Tageseintrittsgästen, die sich es ja richten können kurzfristig, ob sie eine Karte kaufen oder nicht. Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende Frage: Sind Sie bereit, an die Holding Graz-Freizeit heranzutreten mit einem Ersuchen, die Kunden der Auster für die in diesem Sommer besonders umfangreichen Einschränkungen zu entschädigen z. Bsp. in Form von Getränkegutscheinen, Ermäßigungen im Restaurant oder anderen Vergünstigungen? Bitte um die Fragebeantwortung (*Appl.*).

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

Die „Auster“ in Eggenberg ist eine beliebte Badedestination für Wasserratten. Im Internet wird das Auster-Sportbad mit seinem 50-Meter-Becken und dem 5-Meter-Sprungturm recht schmackhaft beworben.

Wer besonders gerne schwimmt, besorgt sich daher eine Saisonkarte. Diese kostet für Badegäste der Auster vom 1. 5. bis inklusive 9. 9. 177,10 Euro. Argumentiert wird der im Vergleich zu den Grazer Freibädern höhere Preis damit, dass in der Auster eben das Hallenbad zur Verfügung stehe, das ja auch wetterunabhängig genutzt werden kann.

Bei näherer Betrachtung erweist sich dieses verheißungsvolle Angebot allerdings als recht mangelhaft, werden doch die Bahnen im Sportbad regelmäßig, manchmal bis zu mehrere Tage lang, an die diversen Vereine vermietet.

So waren beispielsweise in der vergangenen Woche das Sportbad und das Lehrschwimmbecken vom Freitag, den 29. 6., 12 Uhr, bis zum Sonntag, den 1. 7., Badeschluss, aufgrund der Steirischen Schwimm-Meisterschaften komplett gesperrt. Auch an den anderen Tagen waren stundenweise alle Bahnen reserviert, unter anderem jeden Nachmittag zwischen 16 und 18 Uhr. Alle Bahnen waren im Verlauf der

gesamten Woche überhaupt nur sieben Stunden lang für die Allgemeinheit freigegeben. Da die bewegliche Startbrücke schon seit Monaten kaputt ist und erst im August im Zuge einer Generalsanierung repariert werden soll, ist auch eine teilweise Nutzung der Bahnen ausgeschlossen.

Das ist für die treuen Badegäste sehr ärgerlich. Sie fühlen sich geneppt und als Kunden zweiter Klasse.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Sind Sie bereit, an die Holding Graz Freizeit heranzutreten mit dem Ersuchen, die Kunden der „Auster“ für die – in diesem Sommer besonders umfangreichen - Einschränkungen zu entschädigen, z. B. in Form von Getränkegutscheinen, Ermäßigungen im Restaurant oder anderen Vergünstigungen?

StR Riegler:

Sehr geehrter Herr GR Sikora. Ich war ja damals dabei als Rechnungshofdirektor, als die Auster errichtet, gebaut und auch finanziert wurde und wie Sie sicherlich auch wissen, wurde ja damals als Teil des großen Pakets ua. eine Bundesfinanzierung miterreicht deshalb, um genau die Auster zu einer von drei österreichweit verfügbaren europameisterschaftstauglichen Schwimmhallenbäder zu machen. Daher ist das keine sozusagen Betriebsstörung, wie Sie das darstellen, sondern ganz im Gegenteil, sinnvoll (*Appl.*), dass die Sportvereine in der Auster eben tatsächlich auch schwimmen, wobei man sagen muss, dass die jährliche Anzahl der Veranstaltungen mit einer Totalsperre gerade zwei- bis dreimal im Jahr ist. Dazu im Vergleich, und das gleich relativierend zu Ihren Ausführungen mit der Saisonkarte, bekommen Sie ja nicht nur Eintritt in die Auster selbst, sondern auch in allen anderen Bädern, inklusive des Ganzjahresbades Bad zur Sonne. Die Gültigkeitsdauer beträgt 4 ½ Monate, vom 1. Mai bis 9. September, das heißt, sie können also vier Monate und neun Tage in der Auster oder auch in den

anderen Bädern mit dieser Saisonkarte schwimmen gehen, was dazu führt, dass der Tageseintritt, berechnet an der Gesamtzahl der Tage, gerade einmal € 1,00 pro Tag beträgt. Also hier zu sagen, jetzt muss man dafür auch noch eine Entschädigung leisten, dass eben Sportler und Sportlerinnen erfolgreich für Topleistungen trainieren, das halte ich dann doch für überhalten (*Allgem. Appl.*).

Bgm. Nagl:

Zusatzfrage?

Sikora:

Dankesehr, geehrter Herr Stadtrat, für die Beantwortung. Sie haben natürlich Recht, wie wertvoll und wichtig es ist, sportliche, vor allem Wettkampfaktivitäten zu setzen, und die Auster ist normal leider Gottes eines der wenigen Bäder, die dieses Angebot auch repräsentieren und auch ausreizen. Es ist trotzdem leider Gottes unser einziges Hallenbad in dieser Größe, das auch von den Bewohnerinnen der Stadt Graz und Bewohnern beansprucht werden kann und jetzt meine Zusatzfrage, weil es doch sehr viel Missstimmung gibt bezüglich dieser umfangreichen Sperrungen, vor allem Dauerbenutzer des Bades. Sind Sie trotzdem bereit, um die Qualitäten und auch die Quantitäten, wie Sie es heute schon gehört haben von unseren Baugütern, die wir in der Stadt haben, da gehört die Auster schließlich auch dazu, sind Sie trotzdem bereit, den Saisonkartenbesitzerinnen und -besitzern zumindest eine Mitteilung in Form von E-Mails z. Bsp. zukommen zu lassen, die darauf hinweist, wann die Bahnen gesperrt sind, damit sie sich darauf einstellen können und nicht umsonst dann zur Auster fahren und dann ausweichen müssen auf andere Bäder? Sind Sie dazu bereit? (*Appl.*).

StR Riegler:

Wir werden heute noch auch ein Gemeinderatsstück über die neue Kommunikationsabteilung verhandeln und besprechen und ich denke, das ist der beste Beweis dafür, wie wichtig es ist, über die Leistungen, die die Stadt Graz erbringt, kommunikativ tätig zu werden. Ich werde da sicher mit dem Leiter der Kommunikationsabteilung darüber sprechen, das möglichst breit diese Information zu streuen.

**6.5 Frage 5: Betriebsversammlung in der Holding
(GR. Hötzl, FPÖ an Stadtrat Dr. Riegler, ÖVP)**

GR Hötzl:

Sehr geehrter Herr Stadtrat. In meiner Frage geht es um die abgehaltene Betriebsversammlung in den Holding-Graz-Linien, die dieser Tage einmal abgeführt wurde. Die Vorkommnisse sind allgemein bekannt, die dort passiert sind. In allen Medien wurde darüber ausführlich berichtet, vor allem über den herrschenden Umgangston und die derbe Wortwahl so mancher Redner. Besonders interessant aber war, dass nach Beginn dieser Versammlung, nachdem betriebsfremde Personen der Räumlichkeiten ordnungsgemäß verwiesen wurden, dennoch die kommunistische Stadträtin Elke Kahr mit einigen ihrer Genossen weiterhin anwesend war. Also geht es um den Herrn Stadtrat Krotzer und den Herrn Klubobmann Eber. Diese Anwesenheit, weil es eben keine betriebsinternen Personen waren, sorgte bei vielen Personen für große Verwunderung. Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, in Ihrer Eigenschaft als Beteiligungsreferent bitte ich Sie daher mit einer Einschätzung und richte an Sie namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende Anfrage: Sind Sie der Ansicht, dass eine Betriebsversammlung, wie die gegenständliche, im Sinne gesetzlicher Bestimmungen, wie Sie beispielsweise das Arbeitsversammlungs-gesetz normiert, stattgefunden hat? (*Appl.*)

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Am 2. Juli 2018 fand eine medial intensiv vermarktete Betriebsversammlung in der Holding-Graz-Linien-Belegschaft statt. Offiziell verfolgte man den Zweck, die Belegschaft zu informieren. Der Zentralbetriebsrat ließ verlauten, dass man sich von den Maßnahmen der Bundesregierung unmittelbar bedroht fühle. ÖGB-Chef und Zentralbetriebsratsvorsitzender der Holding, Horst Schachner, wies darauf hin, dass der Protest überparteilich sei. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass im Zuge der Betriebsversammlung sämtliche betriebsfremde Personen gebeten wurden, den Saal zu verlassen, dass aber die KPÖ-Vertreter Elke Kahr, Manfred Eber und Mag. Robert Krotzer im Saal verblieben. Abgesehen vom Umstand, dass dies den Begriff „überparteilich“ konterkariert, ergeben sich aber auch Fragestellungen in Bezug auf die korrekte Abführung der Versammlung.

In Ihrer Eigenschaft als Beteiligungsreferent bitte ich Sie daher um Ihre Einschätzung und richte an Sie namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende Anfrage gem. § 16a der GO des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz:
Sind Sie der Ansicht, dass eine Betriebsversammlung – wie die gegenständliche – im Sinne gesetzlicher Bestimmungen, wie sie beispielsweise das ArbVG normiert, stattgefunden hat?

StR Riegler:

Lieber Herr Kollege Hötzl, also Sie können mir glauben, also da bin ich ganz Ihrer Meinung. Also ich war, um es gelinde zu sagen, not amused darüber zu hören, dass eben da Regierungskollegen sich dann sozusagen geradezu bei der Betriebsstörung noch beteiligen, die stattgefunden hat. Meine Informationen, die mir vorliegen, sind die, dass während dieser Betriebsversammlung eigentlich so gut wie gar nicht um betriebsinterne Angelegenheiten, die ja eigentlich Gegenstand einer ordentlichen Betriebsversammlung sein sollten, gesprochen wurde, sondern meinem Informationsstand zufolge wurde während dieser Betriebsstörung, die da

stattgefunden hat, hauptsächlich über Bundes- und Regierungsangelegenheiten geredet, über die AEZG-Reform, über sonstige Regierungsvorhaben. Es wurde offenbar seitens des Arbeiterkammerpräsidenten eine Brandrede gesprochen. Das heißt, es hatte eigentlich die Betriebsversammlung so gut wie nichts mit den Angelegenheiten, die innerhalb der Holding relevant wären, zu tun. Insofern muss ich sagen, bin ich natürlich, so wie viele Grazerinnen und Grazer, eigentlich sehr traurig darüber, dass sich da auch die Kollegen von der KPÖ offensichtlich, wenn es wahr ist, sich da dem zu Dienste machen. Ich möchte Ihnen aber schon noch sagen, wir haben natürlich im Vorfeld geprüft, ob man irgendetwas dagegen unternehmen kann und uns wurde von rechtlicher Seite gesagt, dass man das nicht könne. Eine einstweilige Verfügung gegen eine solche Betriebsversammlung würde ca. fünf, sechs Tage gedauert haben und daher wäre die Betriebsversammlung schon vorbei gewesen, wenn wir erst einen Spruch bekommen hätten. Insofern ist es leider so, dass man diesen Betriebsstillstand, der offenbar in störender Absicht von Herrn Betriebsratvorsitzenden Schachner initialisiert war, einfach leider Gottes bedauernd zur Kenntnis nehmen muss (*Allgem. Appl.*).

Bgm. Nagl:

Gibt es eine Zusatzfrage?

Hötzl:

Ja, danke Herr Stadtrat, für Ihre Einsetzung oder Ihre Meinung darüber. Sie sind ja wirtschaftlich anerkannt, kompetent und gut ausgebildet (*Lachen im GR-Saal*) und Sie kennen auch die ganzen Hierarchien und Gewohnheiten in dieser Stadt. Sehr traurig ist natürlich auch, dass es zu dieser Betriebsversammlung gekommen ist und leider kein Ersatzprogramm sozusagen, leider kein Notverkehr gemacht wurde. Es wurde nicht vorgesorgt, dass da irgendetwas gemacht wird. Da sind wir wieder beim Thema wie bei der letzten Frage, dass eine Verkehrsstadträtin sich vielleicht etwas mehr um den

Verkehr in der Stadt kümmern sollte und auch für Ausfälle etwaige Vorkehrungen treffen könnte. Aber danke für Ihre Einschätzung. Es ist einmal wichtig, dass so etwas in ein Protokoll von einer Gemeinderatssitzung kommt, dass das auch einmal publik gemacht wird. Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

Vorsitzwechsel – StR. Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (13.08 Uhr).

**6.6 Frage 6: Frei- und Grünflächenausstattung Jakomini-Nord
(GR Dreisiebner, Grüne an Bürgermeister Mag. Nagl, ÖVP)**

GR Dreisiebner:

Vielen Dank für das Wort, Herr Stadtrat Riegler. Sehr geehrte Damen und Herren auf der ZuseherInnentribüne, sehr geehrte gewerkschaftlich organisierte und gewerkschaftlich nicht organisierte Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Bürgermeister. Meine Frage ist am Dienstag abgegeben worden und wahrscheinlich nicht so wie die vorhergehende vorher abgesprochen worden, in Ansätzen zumindest. Ich beziehe mich auf das STEK 4.0 und auf die Grün- und Freiflächenanalyse, die in das Stadtentwicklungskonzept Eingang gefunden hat und 2010 veröffentlicht worden ist. Das war ja ein Auftrag der Stadt, des Stadtplanungsamtes, an eine Firma und ist sehr intensiv diskutiert worden. Es hat dann 2013 auch einen dringlichen Antrag zur Schaffung und Sicherung von weiteren Grünflächen gegeben, insbesondere in jenen Bezirken und Bezirksteilen, die vor allem im Gries, im Lend, aber vor allem auch im Jakomini zu finden sind, wo es ganz massives Grünflächendefizit laut dieser Grün- und Freiflächenanalyse gibt und 2014 haben Sie, Herr Bürgermeister, selbst dann die sogenannte Grünraumoffensive ausgerufen. Jetzt haben wir ungefähr vier Jahre später und das bringt mich zu folgender Frage, die ich an Sie richten darf: Wie viele Hektar öffentlich nutzbarer Park-, Sport- und Spielflächen konnten seit 2014 für den Bereich Jakomini-Nord gesichert und wie viele davon auch der Öffentlichkeit zugänglich

gemacht werden, um so das 2010 in der Analyse der Frei- und Grünflächenausstattung dort festgestellte Grünraumdefizit zu verringern (Appl.)?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Analyse der Freiflächenausstattung für Graz (2010; 4.0 STEK) hat für mehrere Gebiete, darunter das Untersuchungsgebiet Jakomini-Nord, massiven Handlungsbedarf ergeben. In Jakomini-Nord hat sich zum Untersuchungszeitpunkt eigentlich nur der Augarten-Park als relevante Fläche für 17.100 BewohnerInnen angeboten. Die Freiflächen-Analyse hat einen Fehlbestand von 6,7 m² pro EinwohnerIn ergeben, ein Zusatzbedarf von 11,5 ha wurde errechnet.

In der Gemeinderatssitzung am 17.10.2013 hat der Gemeinderat einen dringlichen Antrag einstimmig beschlossen. Unter dem Titel " Sicherung und Erwerb weiterer Grün- und Freiflächen, basierend auf der Freiflächenbilanz im 4.0 Stadtentwicklungskonzept" wurde der Auftrag erteilt, Grundstücke und Grundstücksteile über den Flächenwidmungsplan in ausreichendem Ausmaß zu sichern. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf Gebiete mit hohem Bedarf, wie eben Jakomini-Nord, gelegt werden. Nur wenig später haben Sie selbst, Herr Bürgermeister, zu unser aller Freude die sogenannte "Grünraumoffensive" ausgerufen. Und das bringt mich zu folgender Frage, die ich Ihnen stellen darf:

Wie viele Hektar öffentlich nutzbarer Park-, Sport- und Spielflächen konnten seit 2010 für den Bereich „Jakomini-Nord“ gesichert und wie viele davon auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, um so das 2010 in der Analyse der Frei- und Grünflächenausstattung festgestellte Grünraum-Defizit zu verringern?

Bgm. Nagl:

Das Stadtteil Jakomini-Nord stellt einen der am dichtesten bebauten Bereiche der Stadt Graz dar aus der Raumordnungssicht. Strukturell schließen an die historische Altstadt im Umfeld des Jakominiplatzes die Gründerzeitviertel im Umfeld des Augartenparks an. Der Augartenpark stellt die zentrale Grünraumversorgung dieses Stadtteiles dar. Gemäß den Ausführungen in der Erläuterung zum Vierten Flächenwidmungsplan sind derzeit ca. 15.700 Personen mit ihrem Hauptwohnsitz auch in diesem Stadtteil gemeldet. Der anzustrebende oder von uns angestrebte Richtwert für die öffentlichen Freiflächenausstattung beträgt auf Grund der dichten Baustruktur und den leider auch nicht vorhandenen privaten Gärten 10 m² pro Einwohner. Tatsächlich öffentliche zugängliche Fläche besteht derzeit nur im Augartenpark mit insgesamt 67.000 m². Ergänzend konnten jetzt in den letzten Jahren folgende Maßnahmen gesetzt werden. Im Bereich des Areal der Styria wurde eine Fläche von ca. 8.800 m² als Zwischennutzung angemietet, der ist ja auch mit unserer Hilfe gestaltet worden, ist öffentlich zugänglich und wird nicht nur von den Menschen, die dort unmittelbar arbeiten, in Anspruch genommen, sondern Gott sei Dank schon auch von der umliegenden Bevölkerung. Im Bereich der Brockmanngasse wurde die Freifläche der Volksschule Brockmann außerhalb der Schulzeiten und an Wochenenden für die Bevölkerung zugänglich gemacht. Dafür danke ich wirklich noch einmal, weil es einfach eine Chance ist, das, was wir haben, auch der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Weiters wurde eine Teilfläche des Remisenareals zwischen der Brockmanngasse und der Steyrergasse, das sind 2.600 m², in der 3.22. Änderung des Fläwi-Planes als öffentliche Parkanlage ausgewiesen und damit einmal schon langfristig im Sinne unserer Initiative gesichert. Eine Zugänglichkeit ist in diesem konkreten Fall bisher leider auf Grund der Remisennutzung noch nicht möglich, aber daran sollten wir arbeiten. Knapp außerhalb von Jakomini-Nord, aber jedenfalls als künftige Grünraumversorgung zu berücksichtigen sind folgende Flächen: Südlich der Fröhlichgasse konnte eine Fläche von 1.200 m² jetzt von der Messe langfristig als öffentliche Grünfläche gesichert werden. Ebenso konnte im Zuge der Fläwi-Plan-Revision eine Fläche im Bereich der Flurgasse wiederum mit 3.000 m² gesichert

werden. Auch da ist die Zugänglichkeit leider noch nicht gegeben. Im unmittelbaren Anschluss daran wurde eine Fläche der Bundesimmobiliengesellschaft im Umfeld des BORG Monsbergergasse im Ausmaß von ca. 7.000 m² auch angepachtet. Eine öffentliche Zugänglichkeit ist noch nicht gegeben. Wir müssen noch Einzäunungsmaßnahmen dort errichten, dann wird es möglich sein. Und auch im Bereich des Münzgrabengürtels konnte ein vergrößerter öffentlicher Park langfristig vertraglich gesichert werden, wie Sie wissen, nämlich wir haben ihn über viele Jahre angemietet. Die entsprechenden Planungen laufen gerade im Zuge eines BürgerInnenbeteiligungsverfahrens und die Baustelle daneben gibt es ja schon. Diese gesetzten Maßnahmen können das Defizit derzeit noch nicht ausgleichen. Es werden jedoch größte Anstrengungen unternommen, um jede mögliche Fläche zu finden und zu sichern. Diese langfristigen Flächensicherungen ist Aufgabe der sogenannten Grünraumoffensive, welche unter der Federführung der Stadtplanung von einer abteilungsübergreifenden Arbeitsgruppe, bestehend aus der Abteilung Immobilien, der Abteilung Grünraum und Gewässer sowie der Holding Wasserwirtschaft vorangetrieben wird. Die Öffnung einer konkreten Fläche benötigt in weiterer Folge sowohl zeitlich als auch personelle Ressourcen, um Planungen durchzuführen und auch entsprechend umzusetzen. Dies obliegt, wie Sie wissen, der Abteilung für Grünraum und Gewässer (*Allgem. Appl.*).

StR. Riegler:

Herr GR Dreisiebner, haben Sie noch eine Zusatzfrage?

Dreisiebner:

Ja, danke für die Aufzählung. Es ist im Grunde alles, was Sie erwähnt haben, bekannt. Wir sahen uns natürlich jetzt weit weg und bleiben weit weg von dem Ziel, das uns eigentlich wir uns selber gegeben haben über das Stadtentwicklungskonzept am Ende grosso modo. Dazu kommt natürlich auch, dass nicht alles so umgesetzt werden kann.

Jedenfalls aber, dass der Styria-Park unter Umständen als Zwischennutzung auch verloren gehen könnte. Aber das obliegt dem Geschick der Stadtregierung bzw. des Gemeinderates unter Umständen, das zu schaffen. Ich frage jetzt noch nach. Haben Sie bei der Planung zum heute anstehenden Stück, das ja medial letzte Woche präsentiert worden ist, den Augarten abzusenken und somit dort Flächen und Nutzungen nicht weiter möglich zu machen? Haben Sie das dementsprechend in Bezug auf die ...

*Zwischenruf GR. Mag. **Sippel**: Umgekehrt, es wird größer.*

Dreisiebner:

... auf die Grünraumausstattung des Stadtteiles Jakomini-Nord und in dem Fall, was den Augarten betrifft, wird der auch zum guten Teil von Gries-Bewohnerinnen und Bewohnern mitgenutzt. Haben Sie das auch entsprechend abgewägt? Das wäre meine Zusatzfrage gewesen.

Bgm. Nagl:

Die Aufstellung war gewünscht. Ich habe sie nur nicht in Hektar ausgedrückt, aber der Rechnungsfaktor ist immer in 10.000 m², ist ein Hektar, das habe ich vergessen (*lacht*) (*Appl.*). Die zweite Geschichte verwundert mich ein bisschen, wenn Sie die Pläne der Augartenabsenkung studieren, werden Sie sehen, dass wir jetzt die Chance hatten, damit auch in die Böschung hineinzugehen und ins Flachwasser hineinzugehen, dass, glaube ich, ein größerer Bereich dann letzten Endes überbleiben wird, also mit mehr Quadratmetern. Aber der dritte Teil ist, glaube ich, ist das Wichtigste. Ich teile Ihre Ungeduld und ich würde gerne in den drei Bezirken Lend, Jakomini und Gries noch schneller zu Grünraumangeboten kommen. Wie schwer es derzeit überhaupt ist, ein Grundstück zu bekommen, weiß jeder, der schon einmal im Baubereich ein Grundstück gesucht hat, die Preise sind momentan auch gerade nicht die niedrigsten. Aber was wir

Gott sei Dank gemacht haben, dank Ihrer Mithilfe auch, wir haben Flächenvorsorgen getroffen im Fläwi-Plan, aber das heißt nicht automatisch, dass uns diese Grundstücke sofort angeboten werden. Das heißt, da werden wir ein bisschen Geduld brauchen. Die Planung ist, glaube ich, gut aufgesetzt. Jetzt sollten wir schauen, dass die Flächen, die wir schon einmal haben, auch zugänglich werden. Das wäre ein Hauptanliegen und ich glaube, da wird im Saal niemand eine andere Meinung haben. Und danke, wir werden mit Nachdruck daran arbeiten, mehr Flächen zu sichern (*Allgem. Appl.*).

**6.7 Frage 7: Summer School
(GRⁱⁿ Robosch, SPÖ an Herrn Stadtrat Hohensinner, MBA, ÖVP)**

GRⁱⁿ Robosch:

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Im Sinne der Solidarität der anderen FragestellerInnen werde ich mich kurz halten. Vielleicht schaffen wir alle zwölf innerhalb der Fragestunde. Wir haben letzten September auf Initiative meiner Kollegin Alex Marak-Fischer über das Projekt Summer School diskutiert, in dem Schülerinnen und Schüler die Ferien nutzen können, auf lockere Art und Weise innerhalb der Schule vielleicht Wissen und Stoff nachzuholen. Sie, Herr Stadtrat Hohensinner, waren von der Idee sehr angetan und haben auch verkündet, Sie wollen das Projekt Summer School ausweiten. Meine Frage jetzt an Sie: Wie ist der aktuelle Stand?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an Sie, folgende

Frage:

Sie haben im Vorjahr angekündigt, das Projekt Summer School auszuweiten. Wie ist nun der aktuelle Stand der Dinge?

StR Hohensinner:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, danke für die Frage. Das Sommerangebot für unsere Kinder und Jugendlichen ist mir wirklich ein großes Anliegen. Nach der schriftlichen Beantwortung, die ich ja bereits gegeben habe, gibt mir die Frage die Möglichkeit, jetzt im Plenum auch noch einmal Auskunft zu geben. Die WIKU Summer School ist ein Vorzeigeprojekt. Ich bin auch immer mit Dir.ⁱⁿ Eva Ponsold in Austausch und in Kontakt. Der Unterschied zum WIKU ist, dass wir nicht überall, wo Summer School drinnen ist, Summer School draufschreiben. Warum? Unsere Zielgruppen im städtischen Bereich sind Pflichtschülerinnen und –schüler. Und da hat die Erfahrung gezeigt, wenn man Schule draufschreibt, ist es nicht so „sexy“ für Schüler und spricht Schüler nicht so an, als wenn man einen trendigen Namen nimmt. Aber ich möchte Ihnen einen Überblick über das städtische Angebot geben, weil da haben wir wirklich einiges und das auch ressortübergreifend. Das größte Angebot wird vom ABI bereitgestellt. Da ist das Lernprojekt „Gra Gustl“. Dieses Lernprojekt wird im gesamten August umgesetzt in sechs Klassen. Mich freut es, dass es dieses Projekt gibt, weil es wieder eine gute Mischung ist zwischen Bildung und Sport. Da ist immer ein Teil Sport, der andere Teil Bildung und wir konnten dieses Projekt auch um 30 Plätze ausbauen. Ein weiteres Projekt nennt sich „Lin-Gusti“, das ist die kreative Sprachwerkstatt für Kinder zwischen sechs und acht Jahren. Das Projekt „Sole“, ein Sommerlehrgang zur Schulvorbereitung, betrifft Volksschüler, ebenso das Projekt „Wortspielraum“ und von „ISOP“ gibt es auch

die Summer School, also die ist auch sehr breit aufgestellt. Darüber hinaus möchte ich informieren, dass wir es endlich geschafft haben, das Sommerprogramm des Sportamtes mit dem Sommerprogramm vom Amt für Jugend und Familie zu vereinen. Bei den Familien zu Hause ist es egal, ob jetzt eine Martina Schröck, Siegfried Nagl oder Kurt Hohensinner zuständig ist, die wollen einfach ein gutes Programm sehr übersichtlich und das haben wir in einer Broschüre geschafft. Und vielleicht eines noch: Ich bin immer offen für Anregungen aus dem Gemeinderat. Zirka vor einem Jahr hat Kollege Swatek auch die Anregung gemacht, dass wir im Sommer Programmierkurse umsetzen. Das haben wir auch geschafft und zwar darf ich darauf hinweisen, im Programmheft auf Seite 24 „Programmieren deine eigene App“ oder auf Seite 32 „Programmieren leicht gemacht“, also bitte, ich bin immer offen für Vorschläge, versuche das einzuarbeiten. Aber auf deine Frage hin, ob wir das Sommerprogramm, die Sommerschule ausgebaut haben, ja, wir haben sie ausgebaut, wir haben heuer deutlich mehr Plätze als im letzten Jahr und wir werden schauen, dass wir diesen Weg auch weiter fortsetzen (*Allgem. Appl.*).

StR Riegler:

Frau GRⁱⁿ Robosch, bitte um die Zusatzfrage, falls Sie eine solche haben?

GRⁱⁿ Robosch:

Ja, sehr geehrter Stadtrat, das Wort und der Inhalt von „Deutschförderklassen“ ist vielleicht für manche SchülerInnen auch nicht besonders „sexy“. Aber vielleicht geht es nicht um „Sexyness“, sondern um den Inhalt und Sie haben in der Beantwortung von diesem Projekt auch davon gesprochen, dass die STB GmbH diesen Sommer, falls sie die Ferienbetreuung übernimmt, und jetzt stelle ich meine Zusatzfrage oder meine Nachfrage: Sind Sie bereit, diese genannte STB GmbH für eine Erstellung eines Gesamtkonzeptes, das flächendeckend in Graz wirkt, in Graz zu beauftragen?

StR Hohensinner:

Also entweder haben Sie die Beantwortung ungenau gelesen oder Sie zitieren da bewusst falsch. Ich habe in der Beantwortung gesagt, dass ich gerne prüfen lasse mit dieser Gesellschaft, wie das Sommerangebot aussieht und wie man das schrittweise ausbaut und genau an dem möchte ich festhalten (*Allgem. Appl.*).

**6.8 Frage 8: Evaluierung der Verkehrsführung in der Plüddemangasse
(GR. Stöckler, ÖVP an Stadträtin Kahr, KPÖ)**

GR Stöckler:

Sehr geehrter Herr Stadtrat Riegler, sehr geehrte Elke Kahr. Die Frage ist ja im Prinzip schon ein wenig ein alter Hut. Nur ich habe dir damals in der letzten Gemeinderatsitzung im September 2017 die Frage gestellt, ob sich auf Grund der neuen Verkehrsführung in der Plüddemangasse etwas an der Verkehrssicherheit gebessert hat, wie sich die Zahlen dargestellt haben und ob es zu einer Änderung gekommen ist. Meine persönliche Wahrnehmung ist, und deswegen stelle ich die Frage wieder und werde sie solange stellen, bis da irgendetwas passiert, dass die Unfallzahlen leider nicht gesunken sind. Es sind Unfälle mit Personenschäden zu beobachten gewesen, es waren Unfälle mit Sachschäden und jetzt würde mich schon interessieren, ob sich da irgendetwas in der Richtung getan hat und deswegen stelle ich dir dann die Frage: Liegen die Zahlen über die Verkehrsunfälle, aufgegliedert in Personen und Sachschäden, auf Grund der veränderten Verkehrsführung in der Plüddemangasse mittlerweile vor und welche Schlüsse hast du daraus für dich gezogen? Danke.

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr!

Im September 2017 stellte ich dir im Gemeinderat die Frage, ob es denn durch das weitgehende Linksabbiegeverbot in der Plüddemanngasse zu einer messbar reduzierten Unfallhäufigkeit gekommen ist und wie die genaue Statistik der Unfallzahlen bezüglich Personen- und Sachschäden sich denn darstelle.

Du hast in der Beantwortung der Frage darauf verwiesen, dass das Kuratorium für Verkehrssicherheit bis zum damaligen Zeitpunkt keine signifikante Änderung in der Statistik festgestellt habe, es für eine endgültige Evaluierung allerdings noch zu früh sei und man das nächste Jahr abwarten müsse.

Daher stelle ich an dich, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, die

Frage:

„Liegen die Zahlen über die Verkehrsunfälle - aufgliedert in Personen- und Sachschäden - aufgrund der geänderten Verkehrsführung in der Plüddemanngasse mittlerweile vor und welche Schlüsse hast du daraus gezogen?“

StRⁱⁿ Kahr:

Ja, sehr geehrter Herr Peter Stöckler, das ist richtig, dass ich gesagt habe, dass nach Vorliegen der Evaluierung ich eine Rückmeldung geben werde. Leider ist es so, dass diese Daten noch nicht vorliegen. Das liegt aber nicht bei uns im Amt, sondern die Verzögerung ist dadurch entstanden, dass das Innenministerium die Unfallszahlen des Jahres 2017 bisher noch nicht freigegeben hat, sondern das war bisher immer im April und das wird jetzt erst am 11. Juli sein. Und erst dann kann sozusagen das Kuratorium für Verkehrssicherheit in einer Vorher-Nachher-Untersuchung wirklich dann konkrete Aussagen treffen. Das heißt, wenn wir das vorliegen haben und sozusagen die Beurteilung durch das KfV erfolgt ist, dann kann ich dir diese Frage auch besser

beantworten. Aber solange das für mich nicht vorliegt und für unser Amt, kann ich dir diese Frage noch nicht beantworten (*Appl.*).

Stöckler:

Ich werde aber trotzdem meine Zusatzfrage stellen, auch wenn du mir die erste Frage noch nicht beantworten kannst. Du hast ja einen kurzen Abriss im September gegeben, dass die Zahlen im manchen Bereichen, in manchen Segmenten sogar gestiegen sind und sich nicht reduziert haben. Ich hätte gerne nur von dir gehört, bis du dann, wenn die Zahlen ergeben, dass sich nichts geändert hat an der Verkehrssicherheit, bereit auch Umbaumaßnahmen wieder zu treffen, damit dieser Verkehr, das ist dieses „Schlingel-Schlängel“ dort in der Plüddemangasse, ist ja wirklich eine Zumutung teilweise, und auch weitere Umbaumaßnahmen vielleicht angestrebt werden, um nicht nur die Verkehrssicherheit zu gewähren, sondern auch eine vernünftige Verkehrsführung? Wärst du dazu dann bereit, wenn sich dann ergibt, dass sich da nichts geändert hat in irgendeiner eklatanten Art und Weise? (*Appl.*).

StRⁱⁿ Kahr:

Ich tue da nicht gefühlsbetont agieren, sondern warte auf die Daten, das habe ich dir schon vorhin gesagt und für diesen „Schlingel-Schlängel-Kurs“ oder wie du das jetzt bezeichnet hast, waren andere vorher zuständig, nicht ich. Ich habe das nicht implementiert. Ich habe das so gesehen übernommen und das Problem, was teilweise die BewohnerInnen dort haben, damit sie sozusagen nicht links abbiegen können, ist nicht von mir eingeleitet worden. Aber jetzt diese Maßnahme zurückzunehmen, wo eure Fraktionen und auch der zuständige Stadtrat zuvor genau mit den gleichen Argumenten wie das Amt jetzt auch immer wieder sagt, warum das notwendig ist, finde ich schon sehr kühn (*Appl.*).

6.9 Frage 9: Wohnhäuser Kärntner Straße 218 - 226 – Verbesserung der Verkehrsanbindung (GR Ing. Lohr, FPÖ an Stadträtin Kahr, KPÖ)

GR Ing. **Lohr:**

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer, sehr geehrte Frau Stadtrat. Wir kommen zu einem anderen Bezirk im Westen von Graz, und zwar geht es um die Bewohner der Mehrparteienhäuser in der Kärntner Straße 218 bis 226. Diese können momentan nur über den Grillweg zu ihren Pkw-Abstellplätzen zu- und abfahren. In den Stoßzeiten staut es sich dort stark zurück und es dauert mitunter sehr lange, bis man die Kreuzung Grillweg/Kärntner Straße passieren kann. Leistungsfähigkeit der Kreuzung ist weit überschritten, daher setzen sich die betroffenen Bewohner, wie Sie wahrscheinlich wissen, schon lange für eine alternative Zufahrt ein. In letzter Zeit haben sich bei uns die Beschwerden wieder gehäuft und Bewohner fordern endlich eine Umsetzung einer Verbesserung. Zur Information noch, die Straße, die westlich der Wohnhäuser gelegen ist, ist ja auch im neuen Fläwi 4.0 als öffentliche Straße ausgewiesen und diese wünschen sich die Bewohner eben als eine zusätzliche Zu- und Abfahrt in die Kärntner Straße. Es ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, die Anfrage der FPÖ: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bewohner dieser Wohnhäuser in der Kärntner Straße eine verbesserte Zufahrtsmöglichkeit zu ihren Parkplätzen erhalten? (*Appl.*).

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Die Bewohner der Mehrparteienhäuser in der Kärntner Straße 218 bis 226 können momentan nur über den Grillweg zu ihren PKW-Abstellplätzen zu- und abfahren. In den Stoßzeiten staut es sich stark zurück, und es dauert mitunter sehr lange, bis sie in die Kreuzung Grillweg – Kärntner Straße einfahren können. Die Leistungsfähigkeit dieser Kreuzung ist weit überschritten.

Daher setzen sich die betroffenen Bewohner schon lange für eine alternative Zufahrt ein. In letzter Zeit häufen sich die Beschwerden wieder, und die Bewohner fordern endlich die Umsetzung einer Verbesserung ein. Die Straße, die westlich der Wohnhäuser gelegen ist und auch im neuen Flächenwidmungsplan 4.0 als öffentliche Straße ausgewiesen ist, soll eine Zu- und Abfahrt in die Kärntner Straße ermöglichen.

Daher ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates
der Landeshauptstadt Graz:*

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bewohner der Wohnhäuser der Kärntner Straße 218 bis 226 eine verbesserte Zufahrtsmöglichkeit zu ihren Parkplätzen erhalten?

StRⁱⁿ Kahr:

Ja, ich werde mich in der Hinsicht einsetzen und da spare ich mir die ganze Chronologie, weil die kennen Sie durchaus auch. Sie wissen ja, die Erna-Diez-Straße wird gerade umgesetzt usw. werde ich mich einsetzen, wofür ich mich aber nicht stark machen werde, dass sozusagen der Durchzugsverkehr, also diese künftige öffentliche namenlose Straße, die ja noch keinen Namen hat, als Durchzugsstrecke für die BewohnerInnen ist und als Ersatzschleichweg sein wird. Und das ist auch nach Rücksprache mit dem Stadtplanungsamt, Verkehrsplanung und Straßenamt, wird das aus verkehrspolitischer Sicht so gesehen, dass man aufpassen muss, dass man da nicht eine Durchzugsstraße macht, wo erst recht dann die BewohnerInnen darunter leiden werden. Aber wir werden trotzdem gemeinsam versuchen, einen Weg zu finden, der

es diesen BewohnerInnen, die jetzt dort wohnen, auf jeden Fall eine bessere Zufahrtsmöglichkeit und Abfahrtsmöglichkeit gegeben ist (*Appl.*).

StR Riegler:

Herr GR Lohr haben Sie eine Zusatzfrage?

Lohr:

Danke für die Beantwortung, Frau Stadtrat. Ja, also einerseits setzen Sie sich jetzt zwar nicht ein, aber zeigen Verständnis. Also ganz kenne ich mich noch nicht aus. Wir haben auch schon gehört, Sie treten auch gerne bei der Holding auf als Wohnberaterin etc. Jetzt lassen wir die Polemik, aber das ist jetzt konkret in Ihrer Ressortzuständigkeit. Was sagen wir jetzt den Bewohnern in diesen Häusern? Wie kann die Lösung ausschauen? Welcher Zeithorizont? (*Appl.*).

StRⁱⁿ Kahr:

Die Lösung kann nicht so ausschauen, dass der ganze Durchzugsverkehr, der jetzt auf der Kärntner Straße ist, künftig über eine Öffnung durchgängig sozusagen ...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Mit einem Poller, oder wie?

StRⁱⁿ Kahr:

...es wird mit einem Poller passieren. Das ist ein Vorschlag, ob es dann tatsächlich diese bauliche Maßnahme, die so ähnlich ausschauen wird, wird man noch sehen.

StR Riegler:

Da Herr Bgm. Siegfried Nagl nicht anwesend ist, werden wir die Frage von GRⁱⁿ Ussner überspringen und derweilen bitte ich gleich Herrn Mag. Spath an das Rednerpult. Mit seiner Frage ebenfalls an die Frau Stadträtin Kahr, heute geht es hauptsächlich um den Verkehr.

6.10 Frage 10: Lückenschluss der 30-km/h-Beschränkung in der Messendorfer Straße (GR. Mag. Spath, SPÖ an Stadträtin Kahr, KPÖ)

GR Mag. Spath:

Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich komme mit einer Frage zu dir liebe Frau Stadträtin, die schon seit mehr als fünf Jahren eben uns beschäftigt in St. Peter, den Bezirksrat beschäftigt, den Gemeinderat beschäftigt und vor allem die Bevölkerung dort beschäftigt. Ich habe die Historie hineingenommen in den Motivenbericht auch, möchte daraus nur ganz kurz darauf hinweisen, dass ich bereits im Juni 2012 diese Frage gestellt habe. Mir wurde dann geantwortet, dass die Arbeitsgruppe Verkehrssicherheit begutachtet das Ganze. Ungefähr zwei Jahre später, am 25.4.2014, habe ich dann die Antwort bekommen, dass diese Ausweitung des ca. 300 m langen Straßenstückes in der Messendorfer Straße in das untergeordnete Straßennetz zu übernehmen, abgelehnt wurde. Das Argument, FahrzeuglenkerInnen werden auf Grund der optischen Voraussetzungen eine eventuelle Tempo-30-Reglung nicht akzeptieren, die Verkehrssicherheit kann daher in diesem Bereich nicht angehoben werden, ist wirklich nicht nachvollziehbar und grenzt gegenüber der dortigen Bevölkerung meiner Meinung nach und vor allem der Jungfamilien und Kindern an gewissen Überheblichkeit. Ich ziehe daraus den Schluss, dass, weil Kfz-LenkerInnen die Vorschrift nicht einhalten, kann keine 30-km/h-Beschränkung eingerichtet werden. Also das finde ich ein bisschen von nicht unbedingt sehr

freundlich der Bevölkerung gegenüber. In der Mai-Sitzung 2017 wurde dann ebenfalls die Erweiterung der 30-km/h-Zone zu prüfen, von mir als Antrag eingebracht gemeinsam mit meinem GR Kollegen Harry Pagner in der Messendorfer Straße. Im unteren Teil, in dem Liebenauer Teil, wurde es eingeführt, im St. Peter-Teil heroben nicht. Ende April 2018 wurden dann die Bewohner der Messendorfer Straße ebenfalls von Herrn DI Fischer vom Straßenamt eben eine Antwort gegeben, nachdem die das dann auch eingereicht haben. Die Stellungnahme wirft aber ebenfalls Fragen auf, vor allem der Hinweis: Weiters wird dabei hingewiesen, dass die Messendorfer Straße auf Grund ihrer baulichen Ausführung auf diesem Abschnitt nicht zur Übernahme in das untergeordnete Straßennetz geeignet ist.

Ich merke dann nur an, die Messendorfer Straße ist in weiterer Folge ab dem Haus Nr. 140 gegen Westen hin gleich ausgeführt und dort haben wir schon bereits seit mehreren Jahren eine 30-km/h-Beschränkung. Ich stelle daher an dich die Frage, bist du bereit, noch in den Sommermonaten dieses Jahres den restlichen Teil der Messendorfer Straße ab Haus Nr. 140 bis zum Kreisverkehr Messendorf, das sind ungefähr 300 m, in das untergeordnete Straßennetz zu übernehmen und die zuständigen Stellen mit der Umsetzung, sprich eigentlich nur eine Versetzung einer Tafel, einer 30-km/h-Beschränkungstafel zu beauftragen? (*Appl.*).

Originaltext der Frage:

Ich wende mich heute mit einem Thema an dich, das die Bevölkerung der Messendorfer Straße, den Bezirksrat von St. Peter und auch den Gemeinderat schon seit mehr als 5 Jahren beschäftigt und mit der Umsetzung einer Verkehrstafel sehr einfach und kostengünstig zu lösen wäre:

Zur Historie:

Bereits in den Jahren 2012, 2014 und 2017 stellte ich im Gemeinderat Fragen bzw. Anträge bzgl. einer Übernahme des ca. 300 Meter langen Straßenstücks in der Messendorfer Straße in das untergeordnete Straßennetz. Auch der Bezirksrat hat eine

Ausweitung der 30-km/h-Beschränkung in diesem Bereich beantragt und diesen Beschluss an die Stadt Graz weitergeleitet. Auch die Bevölkerung ist aktiv geworden und an die zuständigen Stellen des Straßenamtes herangetreten und hat um eine rasche Lösung im Sinne der Sicherheit gebeten.

Die Antworten fielen allerdings sehr oberflächlich und nicht nachvollziehbar aus, vor allem werfen sie viele ungeklärte Fragen auf.

Am 13. Juni 2012 erhielt ich die Antwort auf meinen am 10. Mai 2012 gestellten Antrag:

„ ...Das Grazer Vorrangstraßennetz wird demnächst im Rahmen der im Straßenamt eingerichteten Arbeitsgruppe Verkehrssicherheit begutachtet. In diesem Zusammenhang wird auch im gegenständlichen Abschnitt der Messendorfer Straße ein entsprechender Ortsaugenschein stattfinden.“

Am 25.4.2014 fand dann eine Besprechung der Arbeitsgruppe „Verkehrssicherheit“ statt, bei der die Ausweitung des ca. 300 Meter langen Straßenstücks in der Messendorfer Straße in das untergeordnete Straßennetz abgelehnt wurde.

Auszug aus dem Protokoll des Verkehrsreferats:

„Messendorfer Straße – Bezirk St. Peter – Vorrangstraße:

Die Messendorfer Straße ist von der St.-Peter-Hauptstraße in Richtung stadteinwärts auf die Länge von etwa 500 m als Vorrangstraße geführt. Weiterfolgend ist diese Verkehrsfläche im Tempo-30-Netz gelegen, da dann zu beiden Seiten dichte Verbauungen anstehen und keine Gehsteige vorhanden sind.

Aus Kreisen der Bezirksvorstehung wurde der Antrag gestellt, auch für diesen Teil der Vorrangstraße in Zukunft Tempo-30 gelten zu lassen. Dies auch deshalb, da nunmehr an der Südseite dieser Verkehrsfläche eine dichte Verbauung vorhanden ist, nördlich davon sind noch freie unverbaute Flächen.

Die Messendorfer Straße ist im besagten Abschnitt sehr breit sowie übersichtlich trassiert und weist, bis auf geringe Abweichungen, eine vollkommen geradlinige Linienführung auf. Gehsteige sind nicht vorhanden, zu beiden Seiten der Fahrbahn befinden sich befestigte Straßenbankette mit einer Makadamoberfläche.

Nach intensiver Beratung durch die Arbeitsgruppe kommt diese zum Schluss, dass, so wie sich zur Zeit diese Verkehrsfläche Kraftfahrzeuglenkern darstellt, diese nicht geeignet ist, in das unterrangige Straßennetz übernommen zu werden.

FahrzeuglenkerInnen werden auf Grund der optischen Voraussetzungen eine eventuelle Tempo-30-Regelung nicht akzeptieren, die Verkehrssicherheit kann daher in diesem Bereich nicht angehoben werden.

Ohne das Setzen von entsprechenden Begleitmaßnahmen, die jedoch zu planen wären, fehlen auf jeden Fall die Voraussetzungen, die Vorrangregelung in der Messendorfer Straße in diesem Bereich aufzuheben“.

Das Argument „ ...Fahrzeuglenker/innen werden auf Grund der optischen Voraussetzungen eine eventuelle Tempo-30-Regelung nicht akzeptieren, die Verkehrssicherheit kann daher in diesem Bereich nicht angehoben werden“, ist nicht nachvollziehbar und grenzt gegenüber der dort wohnenden Bevölkerung und den Jungfamilien mit Kindern an Überheblichkeit. Das bedeutet, weil KFZ-Lenker/innen die Vorschrift nicht einhalten, kann keine 30-km/h-Beschränkung eingerichtet werden. In der Mai-Sitzung 2017 des Gemeinderates stellte ich wiederum, gemeinsam mit meinem GR-Kollegen Harry Pogner, den Antrag auf Ausdehnung der 30-km/h-Beschränkung auf die gesamte Messendorfer Straße. Darauf habe ich bis heute nur die Antwort vom Straßenamt erhalten, dass die eingerichtete Arbeitsgruppe „Verkehrssicherheit“ die Erweiterung der 30-km/h Zone prüfen werde. Über Umwege ist mir die Stellungnahme der Arbeitsgruppe vom 13.6.2017 ein Jahr später übermittelt worden.

Ende April 2018 wendeten sich Bewohner/innen der Messendorfer Straße an den Leiter des Straßenamtes, Herrn DI Thomas Fischer, der Anfang Mai in seiner Antwortmail die Stellungnahme der Arbeitsgruppe „Verkehrssicherheit“ vom 13.6.2017 zitierte.

Auszug aus der Stellungnahme der Arbeitsgruppe „Verkehrssicherheit“ vom 13. Juni 2017:

„In einem aktuellen Gemeinderatsantrag wurde gefordert, dass auch jener Abschnitt der Messendorfer Straße, abzweigend von der St.-Peter-Hauptstraße bis zum Haus Messendorfer Straße 140, welcher jetzt noch einen Teil des Grazer

Vorrangstraßennetzes darstellt, in das untergeordnete Netz übernommen wird. Im weiteren Verlauf gilt in der Messendorfer Straße im Bezirk St. Peter Tempo 30. Die Arbeitsgruppe Verkehrssicherheit hatte sich bereits im Rahmen der 301. Besprechung am 25.04.2014 mit dieser Fragestellung befasst. Damals war argumentiert worden, dass die Messendorfer Straße in diesem Abschnitt sehr breit sowie übersichtlich trassiert ist und bis auf geringe Abweichungen eine vollkommen geradlinige Linienführung aufweist. Gehsteige sind nicht vorhanden, beidseitig sind befestigte Straßenbankette mit einer Makadamoberfläche angeordnet. Südseitig ist eine dichte Bebauung vorhanden, allerdings werden die nördlichen Flächen landwirtschaftlich genutzt. Die Arbeitsgruppe vertrat damals die Meinung, dass für diesen Abschnitt die Voraussetzungen fehlen, um die Vorrangregelung in diesem Bereich aufzuheben, dafür wären begleitende Maßnahmen erforderlich. Ohne diese sei nicht damit zu rechnen, dass hier eine höchstzulässige Geschwindigkeit von 30 km/h akzeptiert wird.

In der Zwischenzeit wurde am südlichen Fahrbahnrand ein Mehrzweckstreifen verordnet. Um diese Maßnahme bei der Beurteilung ausreichend zu berücksichtigen, fand hier erneut eine Besichtigung statt:

Die Arbeitsgruppe vertritt nach wie vor die Meinung, dass die Messendorfer Straße in ihrer baulichen Ausführung auf diesem Abschnitt nicht dazu geeignet ist, ins untergeordnete Netz übernommen zu werden. Auch wurde angemerkt, dass ein Mehrzweckstreifen nicht in einer Tempo-30-Zone zur Anwendung kommen sollte, da bei einer Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h das Mischprinzip bevorzugt wird. Zwar ist die Netzwirksamkeit der Messendorfer Straße nicht mehr gegeben, allerdings gibt es nach wie vor Linienbusverkehr, sodass bauliche Maßnahmen nur schwer realisierbar sind, ohne diesen zu beeinträchtigen. Um beurteilen zu können, welche Verkehrsbelastungen in der Messendorfer Straße vorherrschen bzw. welche Geschwindigkeiten gefahren werden, sollen hier über einen Zeitraum von einer Woche Verkehrszählungen sowie begleitende Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt werden. Nach Vorliegen dieser Ergebnisse wird die Arbeitsgruppe erneut mit dieser Fragestellung befasst.“

Die Arbeitsgruppe Verkehrssicherheit hat sich aus o.g. Gründen gegen eine durchgehende Geschwindigkeitsbeschränkung von max. 30 km/h im gegenständlichen Bereich ausgesprochen.

Wir hoffen, Sie mit dieser Stellungnahme ausreichend informiert zu haben und bitten um Verständnis, dass wir aus den angeführten Gründen den Vorschlag nicht umsetzen können“.

Diese Stellungnahme wirft abermals Fragen auf, die leider unbeantwortet geblieben sind. Zuerst wird nochmals die Stellungnahme der Arbeitsgruppe vom 25.4.2014 zitiert. Weiters wird dabei hingewiesen, dass die Messendorfer Straße aufgrund ihrer baulichen Ausführung auf diesem Abschnitt nicht zur Übernahme ins untergeordnete Straßennetz geeignet ist. Anmerkung: Die Messendorfer Straße ist in weiterer Folge vom Haus Nr. 140 Richtung Westen gleich ausgeführt, wie sie vom Kreisverkehr bis zum Haus Nr. 140 ausgeführt ist.

Auch das Argument „...dass ein Mehrzweckstreifen nicht in einer Tempo-30-Zone zur Anwendung kommen sollte, da bei einer Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h das Mischprinzip bevorzugt wird ...“, schließt nicht aus, dass eine 30-km/h-Beschränkung verordnet werden kann (sollte).

Das Argument „ ... allerdings gibt es nach wie vor Linienbusverkehr, sodass bauliche Maßnahmen nur schwer realisierbar sind, ohne diesen zu beeinträchtigen...“, hält wohl auch nicht stand, betrachtet man die in naher Umgebung befindliche Großbaustelle St.-Peter-Hauptstraße, wo wesentlich öfter und erheblich mehr Linienbusverkehr stattfindet.

Die Straße wurde ab der Brücke über den St.-Peter-Gürtel (Haus Nr. 104) bis zum Haus Messendorfer Straße 140 ohnedies schon jetzt ins untergeordnete Straßennetz mit einer 30km/h-Beschränkung übernommen. Es würde daher nur einer Versetzung der Beschränkungstafeln um 300 Meter bedürfen, um den Bewohner/innen und vor allem den dort lebenden Kindern die Verkehrssicherheit in diesem Bereich zu verbessern.

Daher stelle ich an dich, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, die

Frage:

„Bist Du bereit, noch in den Sommermonaten d.J. den restlichen Teil der Messendorfer Straße ab Hausnummer 140 bis zum Kreisverkehr Messendorf (ca. 300 Meter) ins untergeordnete Straßennetz zu übernehmen und die zuständigen Stellen mit der Umsetzung (Versetzung der Straßentafeln) zu beauftragen?“

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (13.34 Uhr).

StRⁱⁿ Kahr:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat Mag. Spath. Danke für die Anfrage. Du hast im Motivenbericht alles, was zu diesem Thema in den letzten fünf Jahren passiert ist, eh gut zusammenfasst, genauso stellt es sich dar, wie du das geschildert hast. Auch mir sind sozusagen in Gesprächen immer wieder auch mit den BewohnerInnen dort dieser Wunsch bekannt und es wird in der nächsten Zeit zum dritten Mal, sag es dazu, zweimal hat es schon gegeben in den letzten Jahren, die Arbeitsgruppe für Verkehrssicherheit zusammentreten und sich die Situation noch einmal vor Ort anschauen, weil es immer im Zusammenhang steht natürlich auch mit einer gewissen Entwicklung in dem Gebiet, wie du es schon vorher geschildert hast und, wenn man sozusagen das Szenario sich in diese Richtung entwickelt, sehe ich darin eigentlich kein Problem, das in diese Richtung zu ändern. Aber das wird demnächst passieren (*Appl.*).

Bgm. Nagl:

Gibt es eine Zusatzfrage?

Spath:

Danke, nein, keine Zusatzfrage, aber wenn das kommt, bin ich sehr glücklich. Wenn das im heurigen Jahr, also jetzt im Sommer, noch passiert. Vor allem im Sinne der Bevölkerung und der Jungfamilien dort und dieser Siedlung, die dort eben auf der einen Seite eben bereits entwickelt ist und dort schon seit fünf Jahren wohnen.

Bgm. Nagl:

Bitte Frau Stadträtin, zur nicht gestellten Frage.

StRⁱⁿ Kahr:

Ich kann dir und das wäre jetzt vermessen, dass die Umsetzung heuer passiert, das kann ich dir nicht versprechen. Aber was ich hier anmerken möchte, wenn nach dem Ergebnis dieses dritten Treffens in der Verkehrssicherheitsgruppe festgestellt wird, dass eine veränderte Situation da ist, dann kann diesem Wunsch Folge geleistet werden und ich finde, das ist im Verhältnis zu dem langen Zeitraum, was zuvor war, schon ein Riesenschritt (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm. Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (13.35 Uhr)

Bgm.-Stv. Mag. Eustacchio:

Ich übernehme den Vorsitz und darf die Frau Gemeinderätin bitten, Ihre Frage an den Bürgermeister zu stellen

**6.11 Frage 11: Umgestaltung Ortweinplatz
(GRⁱⁿ Ussner, Grüne an Bürgermeister Mag. Nagl, ÖVP)**

GRⁱⁿ Ussner:

Sehr geehrter Zuschauer und ZuschauerInnen auf der Tribüne, werte Gemeinderatskollegen, Kolleginnen, lieber Herr Bürgermeister. Wir haben heute eh schon über den Bezirk Jakomini geredet und dass er eine hohe Versiegelungsrate hat. Und in der Bezirksversammlung vom 14.3.2018 war nämlich ein ehemaliger Professor von mir, Prof. Reinhold Lazar, eingeladen von der Geografie eben über die Situation von Jakomini zu reden. Und darüber, dass im Laufe des Klimawandels jetzt halt Jakomini einer der Bezirke ist, der am stärksten von Hitzeinseln betroffen sein wird. Und da ist es um die unterschiedlichen Möglichkeiten gegangen und von mir „färbeln die Straßen weiß“, damit sie nicht so viel Hitze absorbiert bis hin zu Wasser versprühen. Aber er hat eben klar gesagt, im Endeffekt muss man daran denken, auch wieder zu entsiegeln und neuen Grünraum auch zu schaffen, wo halt jetzt Versiegelung ist. Und speziell geht es um den Ortweinplatz, weil die Bezirksversammlung hat sogar in der Ortweinschule stattgefunden. Und der Ortweinplatz ist eben im Flächenwidmungsplan als „öffentliche Parkanlage“ ausgewiesen, de facto stehen aber bis jetzt noch immer Parkplätze zur Verfügung. Und mich würde es interessieren, weil Sie sich ja schon bekanntlich schwertun, Parkplätze einer anderen Nutzung zuzuführen. Wann werden Sie die Umgestaltung des Ortweinplatzes entsprechend seiner Widmung im Flächenwidmungsplan als öffentliche Parkanlage veranlassen? (*Appl.*).

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Jakomini ist einer der am stärksten versiegelten Bezirke in Graz. Durch den Klimawandel wird Jakomini in Zukunft mit Hitzeinseln, Versickerungsproblemen und weiteren Auswirkungen zu kämpfen haben. Eine wichtige Maßnahme ist es daher, Grünflächen zu schützen und zu schaffen, wo es möglich ist.

Am Ortweinplatz bestünde die Möglichkeit, durch Auflassen der dortigen Parkplätze und Entsiegelung der großen Asphaltfläche Grünraum zu schaffen. Die Pläne dazu gibt es ja schon lange. 2015 stellte meine Kollegin GRin Pavlovec-Meixner dazu einen Antrag im Gemeinderat, der Bezirksrat Jakomini fasste entsprechende Beschlüsse dazu und im gleichen Jahr fand eine BürgerInnen-Informationsveranstaltung mit dem Leiter der Abteilung für Grünraum und Gewässer zu diesem Thema statt. Auch im Flächenwidmungsplan 4.0 ist der Ortweinplatz bereits als öffentliche Parkanlage ausgewiesen, de facto ist die Fläche jedoch versiegelt und dient als Autoparkplatz.

*Deshalb stelle ich folgende **Frage**:*

Wann werden Sie die Umgestaltung des Ortweinplatzes entsprechend seiner Widmung im Flächenwidmungsplan als öffentliche Parkanlage veranlassen?

Bgm Nagl:

Ja, der Prof. Lazar arbeitet ja seit mehr als 20 Jahren klimatologisch mit uns zusammen und ist uns ein wichtiger Ratgeber. Sie wissen, dass in er der Vergangenheit seitens des Bezirkes immer wieder der Wunsch geäußert wurde, bitte helft uns mit den Grünflächen und dann kam es auch zur Diskussion, was machen wir mit dem Ortweinplatz. Nicht zuletzt deshalb habe ich ja im rechtskräftigen Flächenwidmungsplan eine entsprechende Zielwidmung als Parkfläche festgelegt. Wobei das Wort „Parkfläche“ immer wieder zu Verwirrung beiträgt. In mehrfacher Vorbegutachtung durch Experten der befassten städtischen Ämter, das war jetzt Grünraum und Gewässer, Stadtplanung und Verkehrsplanung, kam jedoch auch mehrfach die Rückmeldung, dass eine Umgestaltung der Flächen nur dann Sinn macht, wenn zuvor die Frage der Parkplätze einmal eindeutig geklärt wird. Zuletzt gab es seitens der BewohnerInnen immer wieder unterschiedlich Wünsche und Aussagen über die Nutzungsansprüche, also bezüglich der Frage gestalten mit oder ohne Autoabstellflächen. Dazu konnte meines Wissens in der Vergangenheit allerdings auch

nie ein einheitlicher oder eindeutiger Beschluss des Bezirksrates gefasst werden, der wiederum eine wesentliche Voraussetzung für die Frage der zukünftigen Ausgestaltung und der Funktion dieses Areals darstellt. Sollte diesbezüglich ein derartiger Beschluss im Bezirksrat gefasst werden und innerhalb des betroffenen Stadtquartiers eine mehrheitliche Akzeptanz herbeigeführt werden, werde ich natürlich sofort die zuständigen Ämter nach Maßgabe sonstiger Dringlichkeiten und Prioritäten beauftragen, einen diesbezüglichen Planungsvorschlag auszuarbeiten und zur Diskussion zu stellen. Aber wie gesagt, soweit wir da die Rückmeldungen bekommen haben, haben wir das ganz normale Mit- und Gegeneinander im Bezirk und in der Bevölkerung betreffend diesen Platz (*Appl.*).

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Gibt es eine Zusatzfrage?

Ussner:

Nur eine kurze Verständnisfrage. Also, wenn es einen dementsprechenden Bezirksratsbeschluss gibt, dann würden Sie derartige Planungen einleiten?

Bgm. Nagl:

Die Bitte vielleicht auch noch dazu. Der Bezirksratsbeschluss soll mit der Bevölkerung dort vor Ort schon abgestimmt sein und dann werde ich gemeinsam mit der Frau Stadträtin Kahr im Verkehrsbereich Überlegungen anstellen, wie er dann tatsächlich umgestaltet werden kann.

Ussner:

Ok, darf ich trotzdem noch eine Zusatzfrage stellen? War ja nur eine Verständnisfrage.

Bgm Nagl:

Bitte.

Ussner:

Super, danke.

Ich habe mir die Radabstellflächen dort halt eben auch angeschaut und die Räder stehen dort halt wirklich kreuz und quer und wenn Sie dann mitbedenken, auch für die Abstellflächen die Situation zu verbessern?

Bgm. Nagl:

Wir werden das gemeinsam planen, deswegen habe ich schon gesagt, dass muss man sich dann anschauen. Zum Thema Fahrradabstellplätze haben wir auch schon einige Erfahrungen gesammelt, wenn man dann wirklich Fahrradständer aufstellt, haben meistens weniger Fahrräder Platz als vorher und sie stehen dann erst wieder daneben, aber es gehört mitberücksichtigt, ist natürlich auch eine Schule und dementsprechend viel Radverkehr, Gott sei Dank.

Bgm.-Stv. Eustacchio:

So, wir führen keine weiteren Fragenkategorien ein und übergebe wieder an Herrn Bürgermeister.

Ende der Fragestunde um 13.45 Uhr.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (13.40 Uhr).